Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4574

19. 05. 89

Sachgebiet 7

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (20. Ausschuß)

zum Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 11/2405 —

Konditionierung der Entwicklungshilfe für El Salvador

A. Problem

Die derzeitige Situation in dem zentralamerikanischen Land El Salvador ist gekennzeichnet von sozialen Problemen, einem erneuten Anstieg der Menschenrechtsverletzungen und einer Stagnation des Demokratisierungsprozesses.

B. Lösung

Aufforderung an die Bundesregierung, die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador von der Einhaltung der Menschenrechte, der demokratischen Entwicklung im Lande und der Unterstützung des zentralamerikanischen Friedensprozesses abhängig zu machen.

Einstimmigkeit im Ausschuß

C. Alternativen

Unveränderte Annahme des Antrags auf Drucksache 11/2405.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, daß die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador abhängig gemacht wird von der Einhaltung der Menschenrechte in El Salvador, der demokratischen Entwicklung in El Salvador und der Unterstützung des zentralamerikanischen Friedensprozesses durch die Regierung von El Salvador.

Eine Unterstützung der Streitkräfte oder anderer Sicherheitsorgane des Staates El Salvador kommt in keinem Fall in Frage.

Bonn, den 10. Mai 1989

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Dr. Holtz	**Hedrich**	**Frau Dr. Niehuis**
Vorsitzender	Berichterstatter/in	

Bericht der Abgeordneten Hedrich und Frau Dr. Niehuis

I.

Der Deutsche Bundestag überwies in seiner 131. Sitzung am 9. März 1989 den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN „Konditionierung der Entwicklungshilfe für El Salvador" (Drucksache 11/2405 vom 3. Juni 1988) zur federführenden Beratung an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß empfahl in seiner 45. Sitzung am 10. Mai 1989 dem federführenden Ausschuß einstimmig folgenden neuen Beschlußvorschlag:

„Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, daß die entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit El Salvador abhängig gemacht wird von der Einhaltung der Menschenrechte in El Salvador, der demokratischen Entwicklung in El Salvador und der Unterstützung des zentralamerikanischen Friedensprozesses durch die Regierung von El Salvador.

Eine Unterstützung der Streitkräfte oder anderer Sicherheitsorgane des Staates El Salvador kommt in keinem Fall in Frage."

Diesem Vorschlag schloß sich der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit in seiner 46. Sitzung am 10. Mai 1989 ebenfalls einstimmig an.

II.

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN (Drucksache 11/2405) stellte fest, daß die Bundesregierung im Jahre 1984 die Entwicklungshilfe für El Salvador aus den folgenden drei Gründen wiederaufgenommen hatte:

— in El Salvador sei ein Demokratisierungsprozeß im Gang,

— in El Salvador verbessere sich die Lage der Menschenrechte zunehmend,

— in El Salvador habe die Regierung mit Strukturreformen, insbesondere der Agrarreform, die Ursachen des Krieges angegangen.

Demgegenüber konstatierte der Antrag aufgrund von Berichten verschiedener Institutionen und Organisationen, daß sich die soziale Situation im Lande verschlechtert habe, die Menschenrechtsverletzungen wieder zugenommen haben und die Fortführung des Dialogs mit der Befreiungsbewegung von der Regierung verweigert werde.

Aufgrund dieser Situation wurden an die Bundesregierung folgende Forderungen gestellt:

— Einstellung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit El Salvador;

— Wiederaufnahme der Zusammenarbeit auf der Grundlage eines Berichts einer vom Deutschen Bundestag bestellten unabhängigen Kommission;

— Gewährung eingeschränkter Hilfe nur über Nichtregierungsorganisationen, Selbsthilfeorganisationen der Bevölkerung und ökumenischer Hilfswerke;

— keine Unterstützung der von den Streitkräften kontrollierten Regierungseinrichtungen.

Der Bundesrechnungshof wurde aufgefordert, die Projekte der politischen Stiftungen in El Salvador, die aus öffentlichen Mitteln finanziert werden, zu überprüfen.

Bonn, den 12. Mai 1989

Hedrich **Frau Dr. Niehuis**

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333